

Renke Brahms: Deutschland soll Atomwaffenverbotsvertrag beitreten

Der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Renke Brahms, hat die Bundesregierung aufgefordert, dem von 122 Staaten beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. „Auch wenn sich die Bundesregierung leider nicht an den Verhandlungen bei den Vereinten Nationen beteiligt hat, so würde Deutschland damit dennoch ein wichtiges Zeichen für eine so dringend nötige Ächtung dieser Massenvernichtungswaffen auch an die Atommächte setzen“, ist Renke Brahms überzeugt.

Der evangelische Theologe erinnerte an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 72 Jahren. „Die Opfer sind uns bis heute eine Mahnung, dass diese schrecklichen Waffen endlich verboten gehören“, ist Renke Brahms überzeugt. Darum begrüße er nachdrücklich den ausgehandelten Atomwaffenverbotsvertrag. „Atomwaffen sind die einzigen Massenvernichtungswaffen, die noch nicht völkerrechtlich verboten sind. Dieser Vertrag ist nun ein wichtiger Schritt, um diese völkerrechtliche Lücke endlich zu schließen“, betont Brahms, der auch der Leitende Theologe der Bremischen Evangelischen Kirche ist. Das Ziel sei eine atomwaffenfreie Welt, macht der EKD-Friedensbeauftragte deutlich.

Renke Brahms sprach sich erneut gegen die geplante Modernisierung der US-Atomwaffen in Europa aus. „Die Gefahr eines neuen atomaren Wettrüstens ist groß. Russland wird eine Modernisierung der amerikanischen Atomwaffen nicht einfach hinnehmen“, befürchtet der EKD-Friedensbeauftragte. Anstelle der Modernisierung sei es an der Zeit, dass die letzten Atomwaffen in Deutschland, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst in Büchel in der Eifel, endlich abgezogen würden. „Dieser Schritt ist überfällig“, so der Theologe.

Renke Brahms dankt darum den vielen Initiativen und Friedensgruppen, die sich seit Jahrzehnten unermüdlich für eine atomare Abrüstung und den Abzug der letzten Atomwaffen aus Deutschland engagieren. „Deren mahnende Stimmen sind wichtig, denn sie üben auch den nötigen Druck auf die politisch Verantwortlichen aus, nicht nachzulassen in dem Bemühen, diese menschenverachtenden Massenvernichtungswaffen endlich zu verbieten“, unterstreicht der EKD-Friedensbeauftragte.

Bonn, 4. August 2017/dj

Der Friedensbeauftragte des Rates der EKD

Endenicher Straße 41, 53115 Bonn, Telefon 0228-24999-25, Telefax 0228-24999-20
Mail: friedensbeauftragter@ekd.de Homepage: www.evangelische-friedensarbeit.de